

Keine Militärintervention in Nordafrika!

Angesichts der Zuspitzung der bürgerkriegsähnlichen Situation in Libyen fordert die deutsche IPPNW einen Verzicht auf jegliche bewaffnete Intervention in dieser Region.

Wir fordern von der Deutschen Bundesregierung:

Statt auf Flugverbotszonen, die nur mit militärischer Gewalt durchzusetzen wären, ist auf einen sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen nach Nordafrika zu dringen.

Durch wirtschaftliche Restriktionen, sowie durch gewaltfreie, diplomatische Maßnahmen, z.B. Aussetzen der Ölimporte, ist geeigneter Druck auf die Machthaber in Libyen zu Gunsten einer Verhandlungslösung des Bürgerkriegs auszuüben. Alle demokratischen Transformationsprozesse sind zu fördern.

Das Problem der autoritären Regierungen, die von den Volksbewegungen ins Wanken gebracht oder schon gestürzt wurden, liegt wesentlich in der jahrzehntelangen Einflussnahme des Westens und seiner Stellvertreterpolitik begründet. Deswegen warnen wir vor geplanten militärischen Interventionen als einer Fortsetzung dieser Politik mit unabsehbaren Folgen.

Die IPPNW unterstützt die Forderungen von Menschenrechtsgruppen, Flüchtlingen aus der Bürgerkriegsregion und gestrandeten afrikanischen MigrantInnen unverzüglich und ohne Restriktionen Schutz zu gewähren und sie europaweit aufzunehmen. Das ist die humanitäre Verpflichtung Europas.

Begründung:

Die Durchsetzung eines Flugverbots über Libyen wäre nur mit aktiven kriegerischen Interventionen möglich, die letztendlich auch mit einem Einsatz von Bodentruppen enden könnte. Das bedeutet: Krieg mit unabsehbaren Folgen. Wir lehnen als ärztliche Friedensorganisation Interventionen dieser Art - in Libyen, in Afghanistan oder anderswo - strikt ab."

Verabschiedet auf der IPPNW-Mitgliederversammlung am 12.3.2011 in Frankfurt